

1. Was hat Sie dazu motiviert, sich in diese Enquete des Deutschen Bundestages berufen zu lassen und welche(s) Ihrer politischen Ziele wollen Sie dort verwirklichen?

Ich lebe seit dem Studium und meiner beruflichen Tätigkeit in der Politik mit dem Internet, nutze es täglich für meine politische Arbeit und möchte dazu beitragen, dass das Internet ein Netz der Freiheit und der persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten bleibt.

2. Haben Sie sich bereits früher mit "Netpolitik", beispielsweise mit den Ergebnissen der Vorgänger- Enquete aus den Jahren 1995 -- 1998 befasst und wie beurteilen Sie die Tatsache, dass die damaligen Empfehlungen, beispielsweise für eine Reform des Bundesdaten-schutzgesetzes (Gesamtreform, Datenschutzaudit etc.), in den federführenden Ausschüssen nie umgesetzt wurden?

Mit den Ergebnissen der alten Enquete habe ich mich bisher noch nicht beschäftigt. Ich werde dies aber sicher noch tun. Dass die damaligen Empfehlungen nicht umgesetzt wurden, lag wohl an der Arbeit der rot-grünen Koalition, die keinen mehrheitsfähigen und sinnvollen Gesetzesvorschlag vorlegen konnten.

Ich beschäftige mich seit einigen Jahren mit Fragen der Internet und der Netpolitik und habe keine Berührungängste bei kritischen Themen. Dass wir keine 12 Jahre später erneut eine Enquete brauchen -- und das Wort ‚brauchen‘ wähle ich bewusst -- zeigt ja, wie viel sich seitdem geändert hat.

3. Wie schätzen Sie Ihren politischen Einfluss ein, um eine Umsetzung Ihrer eventuellen Empfehlungen wenigstens mit dieser Enquete zu gewährleisten?

Der Einfluss eines einzelnen Abgeordneten ist hier sicher begrenzt. Es kommt nach meiner Auffassung vielmehr darauf an, dass wir als Kommission mit unseren Vorschlägen das Parlament überzeugen und Zustimmung über die Parteigrenzen finden. Es geht hier nicht um parteipolitische Profilierung, sondern um die Erarbeitung brauchbarer Ergebnisse, die dann von einer möglichst breiten Mehrheit im Bundestag angenommen werden sollen.

4. Haben Sie bereits an Demonstrationen für Bürgerrechte und gegen Internetzensur, wie beispielsweise an der "Freiheit statt Angst" gegen das "Zensursulagesetz" in Berlin, teilgenommen oder werden Sie künftig daran teilnehmen?

Nein, habe ich nicht. Ob ich zukünftig daran teilnehmen werde, hängt vom Thema und von der Intention der Organisatoren ab. Persönlich halte ich nichts davon, wenn man Personen mit Begriffen wie "Zensursula" diffamiert.

5. Wie beurteilen Sie "Sendezeiten" und "Labels" für das Internet, wie es der derzeit diskutierte Jugendmedienschutzstaatsvertrag (JMStV) vorsieht?

Grundsätzlich trete ich auch für einen Jugendschutz im Internet ein. Ich habe allerdings meine Zweifel, dass sich Jugendschutz mit "Sendezeiten" und "Labels" wirksam durchsetzen lässt. Ich setze vielmehr auf die Erziehung zur Medienkompetenz und die Aufsichtspflicht der Eltern. Sie sind in der

Verantwortung und sollten versuchen zu verhindern, dass ihre Kinder ungeeignete Inhalte sehen können. Der Schutzauftrag des Staates darf nicht dazu führen, dass die Eltern aus der Erziehungsverantwortung entlassen werden.

6. Wie stehen und standen Sie zu "Zensursula" (dem so genannten Zugangerschwerungsgesetz) und würden Sie sich einer Verfassungsklage gegen dieses Gesetz anschließen?

Ich habe mich bereits letztes Jahr im Wahlkampf gegen das Gesetz ausgesprochen und bin auch heute noch der Auffassung, dass das Löschen sinnvoller als das Sperren ist. Mir ist allerdings auch klar, dass das Löschen von kinderpornografischem Material im Ausland nur schwer möglich ist, wenn der entsprechende Staat nicht kooperiert. Umso wichtiger sind internationale Vereinbarungen.

7. Wie beurteilen Sie die Tatsache, dass Ihre Partei in den Ländern, in denen sie jeweils (mit-)regiert, keinerlei sichtbare Initiativen ergreift, um diesen Staatsvertrag zu stoppen?

Die noch laufenden Verhandlungen über den Staatsvertrag kann und möchte ich nicht kommentieren, da dies nicht in meinen Aufgabenbereich fällt.

8. Wie stehen Sie zum Abmahnwesen im Internet und wie beurteilen Sie die Tatsache, dass die Behandlung dieses Missstands entgegen dem Ursprungsentwurf aus dem Aufgabenbereich Ihrer Kommission herausgenommen wurde?

Da sind Sie offensichtlich falsch informiert. Im Text (Bundestagsdrucksache 17/950) steht ausdrücklich: "Sicherstellung des Verbraucherschutzes bei missbräuchlichen massenhaften Abmahnungen".

9. Wie definieren Sie "Netzneutralität" und setzen Sie sich für eine solche ein?

Ich trete ausdrücklich für Netzneutralität ein und lehne eine Priorisierung oder Kontrollierung von Inhalten beim Datenverkehr im Internet ausdrücklich ab. Das Internet konnte sich bisher auch deshalb erfolgreich entwickeln, gerade weil die offene Architektur so unterschiedliche und erfolgreiche Anwendungen ermöglicht. Dies sollte nach meiner Auffassung nicht eingeschränkt werden.

10. Hätten Sie im europäischen Parlament mit der dortigen Mehrheit gegen das so genannte SWIFT -- Abkommen gestimmt?

Auch ich hätte gegen das SWIFT-Abkommen gestimmt, da für mich der Datenschutz eine sehr hohe Priorität hat. Terrorbekämpfung ist sicherlich sehr wichtig, dennoch halte ich es für unangemessen, wenn Bankdaten wahllos, ohne Verdachtsmoment und richterliche Anordnung an Sicherheitsbehörden anderer Staaten weitergegeben werden. Dies zerstört das Vertrauen der Bürger in den Staat.

11. Sind Sie dafür, die so genannte "Vorratsdatenspeicherung" nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts schnell umzusetzen und wie beurteilen Sie die Kritik einiger Politiker und Polizeifunktionäre am Urteil des Bundesverfassungsgerichts?

Ich bin gegen die Vorratsdatenspeicherung, weil die Rechte der Bürger nicht durch eine verdachtslose Speicherung ihrer Daten eingeschränkt werden dürfen. Gibt es allerdings einen Verdacht wie z. B. schwere Kriminalität oder Terrorismus, so muss der Staat auf richterlichen Beschluss hin die Möglichkeit haben, Daten zu speichern und zu Ermittlungszwecken zu nutzen.

12. Das Thema Urheberrecht soll eine zentrale Rolle in Ihrer Kommission bekommen. Wie stehen Sie grundsätzlich zu "Open Access" und befürworten Sie staatliche Eingriffe in das Internet zur Durchsetzung von Interessen der Content- Industrie, wie es beispielsweise die Entwürfe des ACTA-Abkommens auf internationaler Ebene vorsehen?

"Open Access" ist auch für mich von Bedeutung, denn es ich halte es für richtig, dass Forschungsergebnisse, die auf Mittel aus staatlicher Förderung beruhen, auch der Allgemeinheit zur Verfügung stehen müssen. Ich halte es aber auch für notwendig, dass andere Werke weiterhin urheberrechtlich geschützt sein müssen, denn es kann nicht sein, dass alle künstlerischen oder wissenschaftlichen Arbeiten zu einem Selbstbedienungsladen für alle werden. Auch müssen Unternehmen ihre Entwicklungen weiterhin durch Patente schützen können.

Zum ACTA-Abkommen möchte ich mich nicht äußern, da ich weder die Entwürfe noch sonst irgendwelche Dokumente kenne. Nach meinen Informationen werden die Verhandlungen im geheimen geführt und ich unterstütze die Forderung des Europäischen Parlaments, die Verhandlungen offenzulegen.

13. Wie wollen Sie dazu beitragen, dass die Arbeit der Enquete- Kommission transparent wird?

Ich werde sicherlich über die üblichen Quelle wie twitter, soziale Netzwerke, meine Internetseite und die Presse über meine Arbeit und die Enquete berichten. Ich stehe auch jederzeit für Gespräche mit Experten und interessierten Bürgern zur Verfügung. Bereits jetzt begleiten zahlreiche Blogger, Journalisten und Netzaktivisten die anlaufende Arbeit der Enquete und wollen über deren Arbeiten in verschiedenen Foren und social networks berichten. Ich begrüße dies ausdrücklich, denn es ist mir wichtig, dass die Themen offen und transparent diskutiert werden. Dies wird sicherlich nicht im "stillen Kämmerlein" stattfinden, denn das widerspräche dem Sinn der Enquete-Kommission.